

## Mit Punkrock kämpfen Demonstranten gegen verhasste Investoren



1/5

Grossansicht

Für die 19 Quadratmeter kleinen Wohnungen ohne Küche wurden jeweils stolze 700 Franken pro Monat verlangt.

Quelle: Joël Hoffmann

Der anstehender Besitzerwechsel an der Klybeckstrasse mobilisiert linke Demonstranten und wird zum Politikum gemacht. Am Mittwoch durften nämlich interessierte Investoren die Liegenschaft mit 42 Sozialwohnungen besichtigen. von Joël Hoffmann und Pascale Hofmeier

### ÄHNLICHE THEMEN

Kommentar schreiben



Fantasiemiete für eine kleine Lotterwohnung - und dann kommt der Konkurs

Aktualisiert am 08.02.14, um 07:09 von Pascale Hofmeier



Gemeinsam kämpfen die Lädeli beider Basel ums Überleben

Aktualisiert am 12.02.14, um 18:50 von Céline Feller



Ausrangierte, alte Taschen spenden – zugunsten des Frauenhauses Basel

Aktualisiert am 05.02.14, um

Der Wohnblock an der Klybeckstrasse 245 wird am 28. Februar versteigert. Am Mittwoch besichtigten Interessierte die Liegenschaft mit 42 Sozialwohnungen. Die Eigentümerin, eine Stiftung, ist Konkurs. Dies, obwohl sie für die 19 Quadratmeter kleinen Wohnungen ohne Küche jeweils stolze 700 Franken pro Monat verlangt hat – den Maximalbetrag, den die Sozialhilfe Bedürftigen für die Miete bezahlt.

Die bz nimmt vor Ort einen Augenschein: Von Weitem ist Punkrock zu hören. Vor der Liegenschaft stehen ungefähr 20 Linksalternative mit Transparenten, eine Handvoll Polizisten und ein paar Leute mittleren Alters, mit auffallend teuren Kleidern. «Was machen all die Leute da, mitten unter der Woche», enerviert sich eine blonde Frau, die 45 aber auch 60 Jahre alt sein könnte. Sie steht da mit ihrem Hund, der so gross ist wie ein Pony. Sie interessiert sich für die Liegenschaft. 700 Franken Miete sei für sie «marktüblich».

Einer der Hausbewohner ist Habib aus Algerien. Seine Einrichtung besteht aus einem Bett für eine Person, einem kleinen Sofa, Kommode und Fernseher. An der Wand hängt eine Algerienflagge und ein schwarz-weisses Bild von ihm und seiner Frau. Seit acht Jahren lebt er in der Schweiz, sieben davon in Basel – alleine. Seine Wohnsituation findet Habib o. k. Er lächelt, zeigt bereitwillig seine Wohnung. Er ist froh, kann er seit Kurzem 50 Prozent arbeiten – «im Abbau», wie er sagt.

### Abwart und Mieter hoffen

Zuoberst im fünften Stock wohnt die Familie Caduff mit ihren

beiden schulpflichtigen Kindern, ihren Hunden und Papageien. Sie sind die Hauswarte der Liegenschaft. 2008 sind sie für den Job aus dem Bündnerland nach Basel gezogen. Seit einem Jahr haben sie keinen Lohn mehr gesehen, klagen sie. Nun sind sie auf Jobsuche. Finden sie nichts, ziehen sie zurück ins Bündnerland. Ihre letzte Hoffnung ist, dass der neue Besitzer sie als Hauswarte anstellt.

Die Demonstranten – einige von ihnen trinken Bier vor dem Eingang – fürchten hingegen, dass die Sozialwohnungen zu teuren Mietobjekten umgebaut werden. Das sei der erste Schritt zur von den Linken ungewollten Aufwertung des Quartiers. Noch schlimmer, so einer der Protestierenden, wäre es, wenn aus den Sozialwohnungen sogar ein Puff würde.

Versteigert werden am 28. Februar auch zwei weitere Liegenschaften der Stiftung im Gundeli. In diesen eingemietet ist der Verein Mobile, der in der «Villa» und der «Dependance» Wohnheime und Wohngemeinschaften für psychisch Kranke, erwachsene IV-Bezüger und Menschen betreibt, die in einer Massnahme im Strafvollzug stehen. Der Verein blickt der Gant mit gemischten Gefühlen entgegen. Man habe verschiedene Szenarien durchgespielt und nach Lösungen gesucht, heisst es beim Verein, man sei zuversichtlich.

Die Anfrage der bz allerdings stösst auf Ablehnung, weil die Bewohner dadurch verunsichert werden könnten. Denn eine Garantie, dass der Käufer dieser Liegenschaft auch künftig den Wohnraum an die soziale Institution vermietet wird, die gibt es nicht.

Und das ärgert Patrizia Bernasconi, Basta-Grossrätin und Geschäftsleiterin des Mieterverbandes. Sie will mit einem Vorstoss den Kanton auffordern, zumindest die Liegenschaft an der Klybeckstrasse 254 aus der Konkursmasse der Stiftung zu erwerben. «Ich höre immer wieder, dass Sozialhilfe- oder IV-Bezüger geschröpft werden, indem sie eine zu hohe Miete für Wohnungen in schlechtem Zustand zahlen müssen», sagt Bernasconi. «Die Leute sind alleine mit dem Problem, sollen ja auch selbstständig mit dem Geld umgehen. Aber dadurch, dass das Angebot gering ist, werden sie ausgenützt.» Rechtlich lässt sich dagegen nicht vorgehen, zumal es in der Schweiz kein Recht auf angemessenes Wohnen gibt. Lediglich wenn ein Mietvertrag verletzt wird, hat der Mieter die Aussicht, sich erfolgreich zu wehren.

### **Zurück zur Objekthilfe**

Für Familien stellt der Kanton im Notfall Wohnungen zur Verfügung. «Für Einzelpersonen gibt es aber kaum Möglichkeiten.» Es sei sinnvoller, wenn der Kanton die Liegenschaft kaufe und zu vernünftigen Preisen weitervermietete, statt das Geschäftsmodell gewisser Vermieter mit Sozialhilfegeldern zu finanzieren. Damit will sie das Thema Objekthilfe wieder auf die Agenda holen, das eigentlich mit der Annahme des Wohnraumförderungsgesetzes im letzten Herbst eigentlich vom Tisch ist. «Das Thema ist darum für mich nicht abgeschrieben», sagt Bernasconi dezidiert und verweist auf die Stadt Zürich, die nach diesem System günstigen Wohnraum für Sozialhilfebezüger bereitstelle. «Es geht nicht darum, ganze Quartiere und Gettos für die IV und Sozialhilfebezüger zu schaffen. Es können auch einzelne Wohnungen sein», sagt Bernasconi. Sie sei sich sicher, dass so Sozialhilfegelder gespart werden könnten.

(bz Basel)

